WOLFF: US-Spionage: die Kontrolleure der Parlamente sind gefragt

WOLFF: US-Spionage: die Kontrolleure der Parlamente sind gefragt

In einem Brief an Bundestagpräsident Lammert hat der Vorsitzende des Arbeitskreises für Innen- und Rechtspolitik der FDP-Bundestagsfraktion und FDP-Obmann im Parlamentarischen Kontrollgremium Hartfrid Wolff um Einberufung der EU-Konferenz der Parlamentarischen Kontrollgremien gebeten, um über Konsequenzen aus den US-amerikanischen und britischen Spionageaktionen gegen EU-Staaten zu beraten. Dazu erklärt Hartfrid WOLFF:
Eine der wesentlichen Konsequenzen aus den aktuellen Berichten zu Spionageaktivitäten der Amerikaner und Briten ist es, die Kontrolle der Nachrichtendienste durch die Parlamente zu stärken. Für Deutschland hat hier die FDP-Bundestagsfraktion bereits einen Gesetzentwurf vorgelegt. Der Schutz unserer Bevölkerung vor Terrorismus macht eine Zusammenarbeit befreundeter Staaten notwendig; aber auch der Schutz der deutschen Bevölkerung vor Eingriffen in die Privatsphäre durch andere Staaten hat höchste Priorität.
Es ist deshalb dringend erforderlich, dass die zuständigen Parlamentarier der EU-Staaten darüber beraten, wie sie sich die Zusammenarbeit der Dienste vor dem Hintergrund der gegen das Post- und Fernmeldegeheimnis ihrer Staaten gerichteten Spionageaktivitäten der USA und auch Großbritanniens vorstellen.
Der Vorsitzende des Parlamentarischen Kontrollgremiums des Bundestages, Thomas Oppermann, hat leider bislang noch nicht den Auftrag der 7. Konferenz der parlamentarischen Kontrollgremien für die Nachrichten- und Sicherheitsdienste der EU-Staaten sowie der Schweiz und Norwegens von 2011 in Berlin erfüllt, zu einer Nachfolgekonferenz einzuladen.
Die Aktivitäten der amerikanischen und britischen Sicherheitsbehörden in Deutschland und Europa sorgen aktuell für Besorgnis und Diskussionsstoff, die die Einberufung der Nachfolgekonferenz dringend macht.
Ziel sollte es sein, gemeinsame Standards und Vorstellungen zur Kontrolle der Nachrichtendienste in der EU, der Schweiz und Norwegen zu schaffen, gemeinsame Standards in der Informationsweitergabe und der ggf. gemeinschaftlich ausgeübten Kontrolle zu skizzieren und diese gegenüber den nationalen Diensten durchzusetzen. Der intensivere, regelmäßige Erfahrungsaustausch der Kontrollgremien sollte mit dem Ziel gesucht werden, gemeinsame Vorstellungen von einer strategischen, an den Grund- und Menschenrechten orientierten Tätigkeit der Nachrichtendienste zu formulieren.

FDP
Thomas-Dehler-Haus, Reinhardtstrasse 14
10117 Berlin
Deutschland
Telefon: 030 - 28 49 58 43
Telefax: 030 - 28 49 58 42
Mail: presse@fdp.de
URL: http://www.fdp.de
<img src="http://www.pressrelations.de/new/pmcounter.cfm?n_pinr_=537982" width="1" height="1">

Pressekontakt

FDP

10117 Berlin

fdp.de
presse@fdp.de

Firmenkontakt

FDP

10117 Berlin

fdp.de
presse@fdp.de

Eine Geschichte als Herausforderung.Der Liberalismus begann seinen historischen Weg als Philosophie der Freiheit und als politische Bewegung für die Rechte des Einzelnen. Die Willkürherrschaft des Absolutismus stand im Widerspruch zur Idee einer freiheitlichen Gesellschaft. Mit dem Verfassungsstaat hat der Liberalismus den Absolutismus überwunden. Als erste politische Bewegung hat der Liberalismus dem einzelnen Bürger, seiner menschlichen Würde und seinen Menschenrechten der Freiheit und Gleichheit Vorrang vor der Macht des Staates eingeräumt. Schritt für Schritt verwirklichten Liberale den modernen Verfassungsstaat mit individuellen Grundrechten, der freien Entfaltung der Persönlichkeit, dem Schutz von Minderheiten, der Gewaltenteilung und der Rechtsbindung staatlicher Gewalt.Der Liberalismus hat als Freiheitsbewegung nicht nur für die Gleichheit vor dem Gesetz gekämpft, sondern auch für Chancengleichheit in der Gesellschaft. Mit der Marktwirtschaft und ihrer sozialen Verpflichtung hat der Liberalismus neue Chancen gegen Existenznot und konservative Erstarrung der gesellschaftlichen Strukturen eröffnet.Die liberale Verfassung unserer Bundesrepublik Deutschland hat mehr demokratische Stabilität, mehr allgemeinen Wohlstand, mehr soziale Gerechtigkeit und Rechtsstaatlichkeit hervorgebracht, als dies je zuvor in der Geschichte der Fall gewesen ist. Und dennoch ist die Idee der Freiheit den schleichenden Gefahren der Gewöhnung und Geringschätzung ausgesetzt. Weniger Teilhabe am demokratischen Staat, weniger Chancen für ein selbstbestimmtes Leben durch weniger Chancen auf einen sicheren Arbeitsplatz, Entmündigungen durch kollektive Zwangssysteme und bevormundende Bürokratie sind neue Bedrohungen der Freiheit. Liberale haben nach 1945 der Idee der Freiheit zum erneuten Durchbruch verholfen. Die FDP war stets der Motor für Reformen, wenn es um Richtungsentscheidungen zugunsten der Freiheit ging. Nur durch die FDP konnte in den fünfziger Jahren die Soziale Marktwirtschaft gegen die Sozialdemokraten und Teile der Christdemokraten durchgesetzt werden. Nur durch die FDP konnte sich in den siebziger Jahren mehr Bürgerfreiheit gegen konservative Rechts- und Gesellschaftspolitik durchsetzen. Die Liberalen waren Vorreiter für die Demokratisierung und Liberalisierung der Gesellschaft, gegen obrigkeits- staatliche Bevormundung und Engstirnigkeit. Unsere Politik der marktwirtschaftlichen Erneuerung in den achtziger Jahren brachte neue Arbeitsplätze und mehr Wohlstand für mehr Bürger.Ein großer Teil des Widerstands gegen das sozialistische Staatswesen erwuchs aus der Attraktivität des freiheitlich-liberalen Gesellschafts- und Wirtschaftssystems. Das in den europäischen Integrationsprozeß eingebettete, vereinte Deutschland ist das freiheitlichste unserer Geschichte.